

## 20 statt 40 Millionen

Wenn jemand 40 Millionen von einem fordert und er dann nur noch 20 haben will, klingt das nach einem guten Geschäft. Ist es das wirklich? In unserem Newsletter vom 18. Juni „Kleinkarierte Erbsenzähler“, berichteten wir, dass der Senat 40 Millionen Euro von den Trägern der Kindertagesstätten zurückhaben will, weil in der Corona-Zeit weniger Kinder betreut wurden, wodurch sich jedoch die Betriebs- und Personalkosten nicht verringerten. Für den familienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Roman Simon**, ist diese Rückforderung „höchst unverständlich, unangemessen und unsolidarisch.“ Simon weist darauf hin, dass die Kitas in der Corona-Krise „die Notbetreuung sichergestellt und damit einen wichtigen Beitrag in schweren Zeiten geleistet“ haben. „Ihnen jetzt in die Tasche zu greifen, weil sie sich um weniger Kinder als sonst kümmern durften, grenzt an Unverschämtheit. Denn Mieten und andere Fixkosten sind geblieben, Ausgaben für notwendige Hygiene- und Desinfektionsmittel sind als zusätzliche Belastungen hinzugekommen.“

Am Freitag verkündete die Senatsjugendverwaltung nun eine Einigung. „Es bleibt dabei: Die Entgeltfinanzierung der Kita-Träger ist trotz der Corona-Krise gesichert.“, beginnt die Pressemitteilung. Nichts anderes haben die Träger und vor allem die Eltern erwartet. Ein weiterer Füllsatz folgt: „Damit schafft das Land Berlin eine wichtige Grundlage für die kontinuierliche Arbeit der Berliner Kindertagesstätten in Zeiten stetig wechselnder Bedingungen.“ Warum müssen Selbstverständlichkeiten immer wieder erwähnt werden. Die Jugendverwaltung spricht von „Anpassungsverhandlungen zwischen dem Land Berlin und den Verbänden Freier Träger.“ Und „in diesem Rahmen wurde nun auch ein solidarischer Finanzierungsbeitrag der Träger im Volumen von knapp 20 Millionen Euro vereinbart.“ Nachvollziehbar ist, dass rund acht Millionen Euro für den „Erlass von Essensbeiträgen der Eltern (23 Euro pro Kind pro Monat) für zwei Beitragsmonate durch die Träger“ erstattet wurden. Viel mehr ist aber nicht nachvollziehbar.

Senatorin **Sandra Scheeres** (SPD) zeigt sich zufrieden: „Wir haben einen guten und für alle Seiten tragbaren Kompromiss erzielt. Die finanzielle Grundlage für eine weiterhin flächendeckende und qualitativ gute Kindertagesbetreuung auch in schwierigen Zeiten wurde gesichert.“ Auch **Roland Kern** vom Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) e.V. ist einverstanden: „Die getroffene Übereinkunft beendet die Diskussion um die Kita-Finanzierung und sichert den Kitas eine gute Grundlage zur weiteren Arbeit. Wir erkennen damit zugleich die derzeit

schwierige wirtschaftliche Situation des Landes Berlin an.“ Das ist doch schön, wenn man eine Diskussion beenden und die schwierige Lage des Verhandlungspartners anerkennen kann. Und auch der Vertreter der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, LIGA Berlin, **Oliver Bürgel**, zeigt sich großzügig in Punkto Solidarität mit dem Senat. „Trotz der finanziellen Mehrbelastung werden wir als freie Träger unseren Solidaritätsbeitrag leisten. Mit unserem Beitrag würdigen wir die Bereitschaft Berlins, auch in schwierigen Zeiten verlässlich die Kita-Finanzierung vollständig weiterzuführen.“ Unterwürfiger geht kaum. Der Staat, also wir alle, hauen derzeit Milliarden Euro – völlig zurecht – raus, um alle nur denkbaren Bereiche des öffentlichen Lebens abzusichern. Und da reden wir über 20 Millionen, abzüglich acht Millionen Essensgeld, also 12 Millionen Euro, die man den Kitas nicht zusätzlich hätte lassen können?

Immerhin kommt die „Corona-Leistungsprämie“ in Höhe von 500 Euro (vermutlich brutto) jetzt sowohl für Erzieherinnen und Erzieher der Kita-Eigenbetriebe als auch der freien Träger im Kitabereich infrage, „die in der ersten Phase des Kita-Lockdowns vom 17.03. bis 27.04.2020 im Rahmen ihres Beschäftigtenverhältnisses besondere Leistungen erbrachten, indem sie sich erhöhten gesundheitlichen Risiken ausgesetzt haben, um die Notbetreuung zu gewährleisten. Mit dieser Prämie soll die Wertschätzung für die gezeigte Einsatzbereitschaft und das außerordentliche Engagement in der Krisensituation zum Ausdruck gebracht werden. Gleichzeitig appelliert das Land Berlin an die Träger als Arbeitgeber, sich auch ihrerseits angemessen an einer solchen monetären Wertschätzung zu beteiligen.“ Das hätten sie sicherlich tun können, wenn es keine Rückforderungen geben würde.

Am Ende stellen wir mal wieder die Frage, wo die Tagespflegemütter und Väter bleiben. Wo ist deren Lobby oder Verband? Zum 1. Januar 2020 ist ihnen eine Entgelterhöhung versprochen worden. Bis heute wissen die Tagespflegepersonen nicht, wie hoch der Betrag sein und wann er ausbezahlt wird. „Wir warten seit Monaten“, schreibt uns eine Tagesmutter, „es heißt, es fehlen noch Abstimmungen mit dem Finanzsenator. Der Ärger ist groß, dass Anstelle dessen nun diese Rückforderung kommt.“ Denn auch von den Tagespflegern will der Senat Geld zurück. Außerdem warten die Tagespflegern auch noch auf die neuen Ausführungsvorschriften. „Wie erfolgt die Erstattung zu den nachgewiesenen hälftigen Versicherungsbeiträgen für die Krankenversicherung und Rentenversicherung?“ Fragen über Fragen. Es wird einem offenbar nicht leicht gemacht, sich in dieser Stadt um Kinder kümmern zu wollen.

**Ed Koch**